

# Der Maler

Organ des Verbandes der

## Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends

Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal bei freier Zusendung unter Kreuzband 3 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:

Hamburg 86, Alsterterrasse Nr. 10  
Fernsprecher: Nordsee 6246

Postfachkonto:

Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11508

### Planlose Wirtschaftspolitik.

Zu Beginn dieses Jahres, als die Regierung allmählich Öffentlichkeit darauf vorzubereiten versuchte, daß sie kurz oder lang die deutsche Wirtschaft mit einem jedem Gedanken hohen sprechenden Steuerbuckel und einem Schutzolltarif beschenken werde, hat der Reichskanzler Luther das Wort von der Konsumentenpolitik in die Welt geworfen. Er hat damals in pathetischer Weise der ganzen Sache Ausdruck gegeben, daß die deutsche Wirtschaft sich nicht nur aus Unternehmern, sondern sich auch im großen Maße aus Hand- und Kopfarbeitern zusammensetzt. Die Durchführung dieser Konsumentenpolitik hat man vergeblich erwartet. Was von der Regierung auf wirtschaftlichem Gebiete geleistet worden ist, war geeignet, die deutsche Wirtschaft von neuem an den Abgrund des Verfalls zu führen. Wir stehen einer ungeheuerlichen Uebererregung des Preisniveaus, einer ständig zunehmenden Arbeitslosigkeit und endlich der Verelendung der breiten Massen, hervorgerufen durch groteske Herabdrückung des Reallohns gegenüber, mit allen ihren politischen und moralischen Gefahren.

Wenn man unter Nachprüfung alles dessen, was unter verantwortlichen Leitung des Reichskanzlers Luther gegen ist, fragt, welches Ziel der Regierung bei allen ihren Maßnahmen vorgeschwebt hat, so kommt man zwangsläufig zum Schluß, daß sie weder Weg noch Ziel gehabt und geht hat, um die Wirtschaft so zu steuern, daß die Wohlstand aller wenigstens etwas gesichert wurde. Je länger dem Treiben zuseht, um so deutlicher tritt zutage, daß die Regierung ein willenloses Werkzeug in der Hand besitzt, gewinnlüstiger Kreise war und ist. Den Beweis dieser Behauptung erbringen die Begründungen, die sich die Regierung zur Verteidigung ihrer sozial- und wirtschaftlichen Maßnahmen zu eigen gemacht hat, und die sich nicht zufälligerweise, böllig mit den Argumenten, die von den deutschen Unternehmern zur Erreichung egoistischer Ziele vorgebracht wurden und werden. Nur es zu erklären, daß die Taten der Regierung im offenen Widerspruch zu dem stehen, was der Öffentlichkeit über Verhütung vorgetäuscht wurde. In der Begründung der Zolltarifnovelle ist es der Regierung allerdings nur gelang, die Absicht bemerkter Preissteigerungen in bestimmter Kreise zu verbergen. Ja, man hat zugeben müssen, und zwar unter Druck der wissenschaftlichen Gegenbeweisführung, daß man die Kaufkraft (Profit) eines kleinen Kreises von Großagrariern zum Nutzen des gesamten Wirtschaftslebens stärken und kräftigen will. Sonderbarerweise ist man aber nicht auf den Gedanken gekommen, der Verengung des Inlandsmarktes von der Seite der Kaufkrafthebung der breiten Verbraucherklasse beizukommen. Im Gegenteil, es wurde durch Vergünstigung der oppositionellen Minderheit im Reichstage und durch Aufzwingung der Hochschulgölle der Grund für die Teuerung gelegt, während die Regierung gleichzeitig unheilvoll versicherte, den Kampf gegen die Teuerung aufzuheben zu wollen.

Klätlicher, als es hier der Fall ist, wurde wohl nie eine Interessenpolitik zu beschönigen versucht. Ebenso wurde marktschreierischer Propaganda der Kampf gegen die Klätstände im Kartellwesen eröffnet. Man ritt auch, um Kartellen nur nicht woch zu tun, eine Scheinattache gegen Valutafakturierung. Am 1. Oktober sollte eine Anzahl Wirtschaftsverbänden vor den Kadi am Kartellgericht gegen werden. Nachdem aber inzwischen der Reichsverband der deutschen Industrie zum Reichswirtschaftsministerium hin energisch die Augenbrauen gerunzelt hatte, hat es der Wirtschaftsminister für zweckmäßig gehalten, sich germaßen mit den beschuldigten Verbänden zu vergleichen. Die Vertagung der Verhandlungen auf unbestimmte Zeit die ganze Angelegenheit ausgegangen wie das bekannte überberger Schießen. So wurde der Kampf gegen das Kartellwesen geführt, und wir sind gespannt, ohne uns zu versprechen, wie die neue Aktion des Reichswirtschafts-

schäftsministers gegen die „Freibleibend“-Klausel auslaufen und endigen wird. Wir vermuten, daß sich das Reichswirtschaftsministerium vor dem Kartellgericht eine ähnliche Niederlage und Blamage holen wird wie in der Angelegenheit der Valutafakturierung.

Man fragt sich im Lande, wo die Erfolge der Regierung denn nun eigentlich bleiben? Um wenigstens eine Antwort zu geben, geht man mit den Auswirkungen der Umsatzsteuerermäßigung ziemlich reichlich haufieren. So versucht die Regierungspreffe die Ermäßigung der Umsatzsteuer um 1/2 %, die der Regierung im erbittertsten Kampf gegen ihren Willen abgepreßt worden ist, als großen Erfolg der Regierung Luther hinzustellen. Man will die durch Hochschulgölle und Teuerung erregten und aufgeweckten Geister beschwören und wendet so recht die Varietékünste politischer Vorstadtzauberkünster an. Großmütig haben auch einzelne Verbände erklärt, auf Grund der Umsatzsteuerermäßigung ihre Preise senken zu wollen. Damit bringen sie kein Opfer; denn auf die Umsatzsteuer verzichtet ja nicht der Verkäufer, sondern die Reichssteuerkasse. Der Profit unserer Unternehmer und Händler wird dadurch, daß sie die Umsatzsteuerermäßigung bei der Preisstellung einigermaßen berücksichtigen, nicht geschmälert. Dagegen werden sie durch die Hochschulgölle als folgsame Staatsbürger ganz bedeutend belohnt. Die Regierung hat allerdings bei Durchberatung der Zollvorlage im Sommer 1925 hoch und heilig versichert, daß die hohen Zollsätze nur als Kompensationsobjekt bei den Handelsvertragsverhandlungen dienen sollten. So hat man in der Öffentlichkeit den Glauben erweckt, die hohen Zölle stünden nur auf dem Papier und würden niemals in Kraft treten. Den Quertreibereien der Schutzollinteressenten ist es aber gelungen, die Handelsvertragsverhandlungen überall zu verzögern. Dadurch wurde für sie Zeit gewonnen, und die harten und unerhörten, autonomen Zollsätze sind in voller Höhe in Kraft getreten.

Man vergegenwärtige sich bitte die Gegensätze, die in dem ganzen Gebaren der Regierung zum Ausdruck kommen! Die Regierung erklärt einerseits, den freien Wettbewerb entfesseln zu wollen, um durch verstärktes Angebot auf dem Warenmarkt einen natürlichen Druck auf die Preise auszuüben. Andererseits stärkt sie durch Aufzwingung hoher Schutzollmauern die Monopolstellung der inländischen Produzenten in vollem Bewußtsein, daß ein Kampf gegen die geheime Preisverabredung und die berücksichtigte Produktionskontingentierung von vornherein zur Ausichtslosigkeit verurteilt ist. Ja, sie geht sogar noch weiter, indem sie der natürlichen Entwicklung der Getreide- und Brotverbilligung infolge günstiger Getreideernte durch Einführung der Getreidebeeinträchtigung in den Arm fällt. Sie unterbindet eine Reichsverbilligung, um den ostelbischen Junkern ein neues Geschenk zu machen. Die Regierung kennzeichnet sich so, schlummer als wir es bisher erlebt haben, als die Regierung der berücksichtigten Liebesgabenpolitik. Die Kosten tragen Arbeiter, Angestellte und Beamte. Die großen Verbrauchergruppen erhalten eine eigentümliche Quittung über den Ausfall der Wahlen in den letzten Jahren!

Dieses planlose Hin- und Herichwanken der Regierung zwischen den Wünschen des Agrar- und Industriekapitals auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung muß endlich ein Ende finden. Wir rufen der Regierung zu: Die Schonfrist ist um! Wir erwarten, daß sie sich endlich ihrer Pflichten gegenüber der Gesamtheit bewußt wird. Noch hat die unerträgliche Not zu keiner Explosion geführt. Noch gibt man sich im Regierungsquartier der Berliner Wilhelmstraße dem Glauben hin, Not und Elend in den breiten Massen durch Versprechungen bannen zu können. Der Winter aber wird ein unangenehmer Warner sein. Gegen Hunger und Kälte halten Täuschung und Lüge nicht stand. Nimmt die Regierung nicht bald Rücksicht auf die tatsächliche Lage des Volkes und läßt sie es sich nicht angelegen sein, auch die vitalen Interessen der minderbemittelten Schichten zu wahren, so muß sie sich darauf gefaßt machen, daß die Folgen ihrer bewußt irreführenden Versprechungen und ihrer planlosen Wirtschaftspolitik nicht ausbleiben werden.

### Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

Als wir in Nr. 42 das Ergebnis der Septemberaufnahme veröffentlichten, gaben wir der Befürchtung Ausdruck, daß eine Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt kaum noch zu erwarten wäre und haben jetzt leider in der Feststellung der Arbeitslosenziffer für das Malergewerbe die Bestätigung unseres Pessimismus gefunden. Allerdings muß gesagt werden, daß auch noch Ende Oktober viele Filialen ihre gesamten Mitglieder als vollbeschäftigt melden konnten. Trotzdem hat sich aber im Berichtsmonat die Lage allgemein so verschlechtert, daß der Prozentsatz der Arbeitslosen, der im Vormonat 8,4 % betrug, auf mehr als das Doppelte, auf 7,1 vom Hundert, stieg und 2789 Kollegen umfaßte. Das bedeutet auch im Vergleich zum Monat Oktober des Jahres 1924 eine Verschlechterung um 3,8 %. Berichtet haben 140 Filialen mit 89 416 eingeschriebenen Mitgliedern, darunter 280 weiblichen. Bemerkenswert ist, daß unsere weiblichen Mitglieder von der Arbeitslosigkeit nicht berührt wurden. Der Stand der Arbeitslosigkeit des Berichtsmonats im Vergleich zu den Vormonaten dieses und des vergangenen Jahres ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

Monat	Es berichteten Filialen		Mitgliederzahl in den berichteten Filialen am Schlusse des Monats		Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats		Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose am Schlusse der letzten Monatswoche	
	1924	1925	1924	1925	1924	1925	1924	1925
Januar ..	140	150	48 487	36 404	28 708	4 403	64,5	12,1
Februar ..	186	142	40 780	35 572	20 641	2 194	50,6	6,2
März ....	180	128	40 071	34 405	5 016	677	12,5	1,9
April ....	129	133	38 420	35 713	1 067	231	2,8	0,6
Mai .....	181	131	40 562	35 765	467	112	1,1	0,3
Juni .....	133	140	37 778	38 817	688	280	1,8	0,7
Juli .....	185	116	33 389	38 109	815	336	2,4	0,9
August ...	138	135	36 807	38 037	1 149	787	3,1	2,1
September	182	136	37 890	40 534	871	1 400	2,3	3,4
Oktober ..	126	140	37 018	39 416	1 282	2 789	3,3	7,1
November	182	—	36 117	—	2 037	—	5,6	—
Dezember	146	—	38 316	—	4 401	—	11,5	—

Weit über dieses Verhältnis hinaus ist die Zahl der Kurzarbeiter gewachsen. Im Vormonat zählten wir insgesamt 172 Kurzarbeiter, darüber keinen, der mehr als 24 Arbeitsstunden die Woche einbüßte. Im Berichtsmonat aber sind 1678 Kurzarbeiter gemeldet. Für 688 Kollegen war die wöchentliche Arbeitszeit um 1 bis 8 Stunden verkürzt, für 448 Kollegen um 9 bis 16 Stunden und um 17 bis 24 Stunden für 300 Kollegen. Eine Verkürzung über 24 Stunden der Woche hinaus kam für 244 Kollegen in Frage. Auch unter den Kurzarbeitern befindet sich kein weibliches Mitglied. Die Anzeichen der Verschlechterung der Arbeitsgelegenheiten haben schon vor mehr als Monatsfrist Veranlassung gegeben, ebenso wie im Vorjahre, so auch jetzt wieder weitgehende Versuche zur Beschaffung von Winterarbeit zu machen. Die Verhandlungen in den einzelnen Bezirken mit den Behörden und sonst in Frage kommenden Auftraggebern sind im Gange und werden hoffentlich zu dem Ergebnis führen, daß auch in diesem Winter einem größeren Kreis von Kollegen Winterarbeit verschafft werden kann.

Ungeachtet aller Ermahnungen haben auch für Oktober 34 Filialen ihre Berichtskarte nicht oder doch nicht rechtzeitig genau eingefandt. Wir möchten, ohne diese Filialen hier namentlich aufzuführen, nochmals eruchen, für pünktliche Berichterstattung Sorge zu tragen. Der 29. November ist Stichtag für den laufenden Monat, die Karte muß am 6. Dezember in unserm Besitz sein.

### Der Kampf um die Dauer der Lehrzeit.

Seit einigen Monaten treten die Arbeitgeber in ihrer Presse und auf allen ihren Tagungen immer wieder für die vierjährige Lehrzeit in unserm Gewerbe ein. Wir konnten schon von den Innungen in einigen Orten berichten, daß sie dahingehende Beschlüsse gefaßt haben, in den letzten Tagen sind weitere hinzugekommen. Diese Tatsachen zwingen auch uns erneut zu der Frage der vierjährigen Lehrzeit Stellung zu nehmen. Wir betonen dabei von vornherein, daß aus unserm, die vierjährige Lehrzeit ablehnenden Standpunkt nicht gefolgert werden darf, daß wir als Organisation kein Interesse an einer gründlichen Ausbildung unseres beruflichen Nachwuchses hätten. Im Gegenteil; auch wir wünschen, daß der Lehrling mit allen im Beruf vorkommenden Arbeiten aufs beste vertraut gemacht wird, damit er nach Beendigung der Lehrzeit imstande ist, alle beruflichen Arbeiten fach- und sachgemäß auszuführen, soweit das überhaupt von einem jungen Gehilfen verlangt werden kann.





